

Sonntagsblatt

360° EVANGELISCH

22.09.2020

Seenotrettung im Mittelmeer

Bedford-Strohm kritisiert Festsetzung der "Sea-Watch 4" scharf: "Unverantwortlicher Akt der Willkür"

Von [Evangelischer Pressedienst epd](#) und [Larissa Launhardt](#)

Das Seenotrettungsschiff "Sea-Watch 4" ist ausgelaufen. Der Sonntagsblatt-Newsticker zur Mission - mit aktuellen Hinweisen und Meldungen.



UnitedforRescue/Philipp Guggenmoos
Die Sea-Watch 4 von UnitdforRescue am Hafen

Ratsvorsitzender Bedford-Strohm verurteilt Festsetzung der "Sea-Watch 4"

Dienstag, 22. September, 08.37 Uhr: Die Empörung über die Festsetzung des kirchlichen Seenotrettungsschiffs "Sea-Watch 4" wächst. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, nannte die Festsetzung einen "unverantwortlichen Akt der Willkür". "Wer Seenotrettung behindert, nimmt billigend in Kauf, dass Menschen ertrinken", sagte Bedford-Strohm am Montag.

Unter dem Vorwand der Schiffssicherheit solle ganz offensichtlich die Rettung von Menschen aus Seenot verhindert werden. Unterdessen wurde der "Alan Kurdi" mit 133 Geretteten an Bord weiterhin kein Hafen zugewiesen, sie lag am Montag nach wie vor vor der Insel Lampedusa. Der EU-Grünen-Politiker Sven Giegold sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd) auf Anfrage, es sei nicht verwunderlich, dass es der "Sea-Watch 4" nun ebenso ergehe wie anderen zivilen Seenotrettungsschiffen. Er nannte die Gründe für die Festsetzung "zynisch". Die italienischen Behörden hatten unter anderem bemängelt, dass es zu viele Rettungswesten an Bord gegeben habe. Giegold gehört zu den Initiatoren der Resolution "Wir schicken ein Schiff", die im vergangenen Jahr auf dem Kirchentag in Dortmund verabschiedet worden war.

Bedford-Strohm, der auch bayerischer Landesbischof ist, forderte die deutsche Regierung zum Handeln auf. Man müsse die deutsche Präsidentschaft im Rat der 27 Mitgliedsstaaten der

Europäischen Union nutzen, damit eine staatlich organisierte Seenotrettungsmission im Mittelmeer eingesetzt werde. "Die jetzige Politik kostet Menschenleben", sagte er.

Die Nichtregierungsorganisation "Ärzte ohne Grenzen", die zusammen mit Sea-Watch die "Sea-Watch 4" betreibt, forderte mit Blick auf den angekündigten neuen EU-Migrationspakt eine klare Kurskorrektur. "Die Vorgänge auf dem Mittelmeer und auf den griechischen Inseln machen überdeutlich: Die bisherige Strategie ist nicht nur moralisch grundfalsch, sie funktioniert auch nicht. Es wäre der helle Wahnsinn, einfach mit den gleichen Maßnahmen weiter zu machen und ein anderes Resultat zu erwarten", sagte der Geschäftsführer von Ärzten ohne Grenzen Deutschland, Christian Katzer

Das deutsche Schiff "Alan Kurdi" mit 133 Geretteten an Bord, darunter gut die Hälfte Kinder und Jugendliche, war am Montag weiter auf der Suche nach einem sicheren Hafen. Obwohl das Schiff vor der Küste von Lampedusa liegt, habe Italien sich für nicht zuständig erklärt und die Koordinierung der Rettung verweigert, sagte Gordon Isler von der Hilfsorganisation Sea-Eye dem epd. Die italienischen Behörden verwiesen laut Isler auf die Zuständigkeit des deutschen Flaggenstaates. Bisher sei die Lage an Bord ruhig, hieß es.